

**Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Erhalt des Kraftwerks Bremen-Farge und seiner Arbeitsplätze**

Bremen konnte sich in den vergangenen Jahrzehnten als ein beachtlicher Energieerzeugungsstandort etablieren. Neben der swb AG als explizit in Bremen verwurzeltem Regionalunternehmen hat sich dabei mit der E.ON AG auch einer der vier großen nationalen Anbieter insbesondere durch sein Kraftwerk in Bremen-Farge hervorgetan. Positive Folgen dieses Engagements waren neben der Sicherstellung der Energieversorgung im Großraum Bremen auch die Etablierung von gegenwärtig über 150 teils hochqualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen am Standort Farge.

Um einem weitergehenden Kartellverfahren durch die EU-Kommission zu entgehen, hat der E.ON-Aufsichtsrat Mitte Mai 2008 mittels einer Verpflichtungszusage erklärt, dass sich der Konzern von seinem Leitungsnetz sowie einigen Standorten bzw. Beteiligungen an verschiedenen Kraftwerken trennen wolle. Davon betroffen ist auch das Kraftwerk Bremen-Farge, welches von der E.ON AG inzwischen zum Verkauf angeboten wurde. Verständlicherweise herrscht bei den Beschäftigten seit Bekanntgabe dieser Pläne eine große Verunsicherung, ob und wie es für sie am Standort Farge weitergehen kann. Dies trifft umso mehr zu, als ein Verkauf an einen anderen großen Energieerzeuger in Deutschland aufgrund der aktuellen kartellrechtlichen Debatte auf europäischer Ebene schwierig erscheint.

Daher erscheint es in der konkreten Situation angebracht, dass sich alle relevanten politischen Entscheidungsträger für die Belegschaft einsetzen und daran mitwirken, dass eine Lösung zustande kommt, bei der das Kraftwerk Bremen-Farge mit möglichst hoher Beschäftigtenzahl erhalten bleibt.

Die Stadtbürgerschaft möge daher beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft spricht sich für den Erhalt des regionalen Energieerzeugungsstandorts Bremen-Farge aus, damit die Arbeits- und Ausbildungsplätze in möglichst vollem Umfang gesichert werden.
2. Die Stadtbürgerschaft unterstützt Maßnahmen, die einem Erhalt des Standorts dienen.
3. Der Senat wird aufgefordert, mit der Unternehmensführung der E.ON AG, der Kraftwerksleitung und dem Betriebsrat des Kraftwerks Bremen-Farge Gespräche zu führen, die auf den Erhalt des Standorts und der betroffenen Arbeits- und Ausbildungsplätze zielen.
4. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, darauf hinzuwirken, dass ein künftiger Eigentümer des Kraftwerks Farge nach der Übernahme Maßnahmen zur Ertüchtigung und Optimierung der Anlage durchführt mit dem Ziel, die Effizienz deutlich zu erhöhen und die CO<sub>2</sub>-Emissionen so weit wie möglich zu senken, um in Bremen Farge auch langfristig die Beschäftigung zu sichern.
5. Der Senat wird aufgefordert, der Stadtbürgerschaft bis Herbst 2008 zu berichten.

Helmut Pflugradt, Frank Imhoff,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Max Liess, Jens Dennhardt,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen